



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 63. Ratssitzung vom 4. Oktober 2023

2358. 2023/444

Dringliches Postulat der AL-Fraktion vom 18.09.2023: Energiekostenzulage, einmalige Erstreckung der Frist für die Einreichung des Antrags

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2284/2023): Die Energiekostenzulage entstammt einer Idee der AL, wofür im April 2022 ein Postulat eingereicht wurde. Der Stadtrat nahm die Idee schnell auf und setzte sie um. Sie ist eine wichtige Errungenschaft und wurde von der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) als neues Sozialwerk bezeichnet. Bei der Einreichung des Postulats gingen wir davon aus, dass bis zu 80 000 Personen von der Massnahme profitieren können. Nach der Ausarbeitung der Verordnung durch den Stadtrat wurden gemäss Pressemitteilung bis zu 60 000 Personen angeschrieben. Aufgrund des komplizierten Anmeldeverfahrens und der knappen Frist von wenigen Wochen, haben sich gemäss Medien lediglich 20 000 Personen bis am 30. September 2023 angemeldet. Das ist in unseren Augen zu wenig. Wir gehen davon aus, dass die restlichen 40 000 Personen aufgrund der wirtschaftlichen Lage auch auf die Zulage angewiesen wären. Darum beantragen wir, dass der Stadtrat die Frist für die Einreichung der Anträge für das laufende Jahr erstreckt und sich kulant gegenüber dem Fehlen von Dokumenten zeigt. Der Stadtrat kommunizierte, dass dies bereits geschehe, was wir sehr gut finden. Eine weitere Option wäre eine zusätzliche Erinnerung an die Bezugsberechtigten.

Samuel Balsiger (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Es ist wahr, dass der Mittelstand und viele Menschen im Land finanziell unter Druck stehen. Aber es sind immer politische Entscheide, die dazu führen – beispielsweise die Einführung des Krankenkassensystems und Entscheidungen in der Ausen- oder Energiepolitik, die gemeinsam bewirken, dass die Kosten explodieren. Es verwundert nicht, dass Zulagen ausgeschüttet werden müssen. Mit dem früheren System war das nicht nötig. Das gleicht einer Bankrotterklärung und bedeutet, dass in der Politik etwas falsch lief. Das ist keine Errungenschaft. Die Energiestrategie von Mitte-Links ist gescheitert. Das Technologieverbot, das auf Bundesebene ausgesprochen wurde, muss rückgängig gemacht werden. Günstige, saubere Energie muss gefördert werden. Das bedeutet, dass Kernkraftanlagen gebaut werden müssen. Fremdes Steuergeld umzuverteilen, ist falsch. Es ist irrwitzig, wenn erzählt wird, dass wir von fossilen Energien wegkommen müssen und nun Geld für Gas- und Ölheizungen ausbezahlt wird, damit mehr fossile Energie verbrannt werden kann. Wenn Sie an die Klimakrise glauben, müssen Sie den Vorstoss ablehnen und nicht noch mehr Geld in Öl und Gas investieren.



Weitere Wortmeldungen:

Sebastian Vogel (FDP): Die FDP lehnt die Thematik weiterhin ab. Sie anerkennt zwar, dass die vom Gemeinderat gesetzte Frist zu kurz ist. Pfusch bleibt aber Pfusch, darum enthält sich die FDP.

Ronny Siev (GLP): In die Verordnung wurde ein vergangenes Datum gesetzt. Im September wurde an viele Haushalte ein Brief versendet, in dem genau steht, wie für die Zulage vorgegangen werden muss. Ich habe das selbst ausprobiert, der Vorgang ist nicht schwierig. Die Frist für die Subvention der fossilen Energien muss meines Erachtens in diesem Jahr nicht verlängert werden. Wir lehnen die Fristerneuerung ab.

Hannah Locher (SP): Die AL sagte bereits, dass die Energiekostenzulage eine Errungenschaft ist, da die Stadt mit dieser einen wichtigen Beitrag an Haushalte mit geringen finanziellen Mitteln leistet. Gerade jetzt, wo die Neben- und Mietkosten aufgrund des Referenzzinssatzes steigen und die Prämienerrhöhung bei den Krankenkassen ansteht, zählt für gewisse Haushalte jeder Franken. Die SP begrüsst die Zulage und deren rasche Umsetzung sehr. Die SP begrüsst es ebenfalls, wenn der Stadtrat prüft, wie er sich in der einen oder anderen Form dafür einsetzen kann, dass auf offiziellem Weg eine Verlängerung der sehr kurzen Frist möglich ist und dies entsprechend kommuniziert wird. Dass sich die zuständigen Stellen bei der Prüfung der bisherigen Anträge kulant zeigten, will ich nicht in Frage stellen, doch auf diesem Weg werden nie alle berechtigten Personen erreicht. Gewisse werden aufgrund der kurzen Frist keinen Versuch gewagt haben. Darum soll auf offiziellem Weg kommuniziert werden, wenn eine Verlängerung möglich ist. Zuletzt noch zur Komplexität des Formulars: Vom Sozialdepartement wurde kommuniziert, dass gewisse einzureichende Unterlagen nachgereicht werden können. Das führte dazu, dass viele die Anträge rechtzeitig einreichen konnten. In Hinblick auf eine erneute Auszahlung der Energiekostenzulage wünsche ich mir eine Auswertung der ersten Testphase und wenn nötig eine Verbesserung des Formulars.

Dr. Josef Widler (Die Mitte): Über den Inhalt der Vorlage müssen wir nicht mehr diskutieren. Es geht darum, das Verabschiedete zu besprechen. Es kann nicht sein, dass wieder daran herumgeflickt wird. Das nächste Mal soll vorausschauend dafür gesorgt werden, dass das Verabschiedete für drei Monate hält. Die Mitte stimmt gegen das Postulat, da die Sache bereits beschlossen wurde.

Samuel Balsiger (SVP): Es wundert mich stark, dass die Grünen sich nicht äussern. Es geht um eines ihrer Kernthemen und dass mehr Geld in fossile Energie investiert werden soll. Eigentlich müssten sie hier Nein stimmen, wenn fossile Energieträger tatsächlich so verheerende Folgen haben, wie sie es auf ihrer Homepage schreiben. Für eine Kostenzulage für fossile Energie zu stimmen, würde die Partei unglaubwürdig machen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Kurz zu den fossilen Energien, auch wenn das nicht zur eigentlichen Sache gehört. Wenn ich in einem Haus wohne, das ich nicht besitze, muss ich mit dem Heizsystem leben, das mein Vermieter zur Verfügung stellt. Was Samuel Balsiger (SVP) zwischen den Zeilen vermittelt, ist, dass arme Leute frieren sollen, wenn



3 / 4

sie kein Geld zum Heizen haben. Die Regelung war in der Kommission Dr. Josef Widler (Die Mitte) und es wäre an Ihnen und anderen gewesen, in die Dispositionsziffern eine Ausnahmeregelung für Härtefälle zu schreiben. Dass wegen wenigen Wochen Aufruhr herrscht, für Geld, das bereits budgetiert wurde, ist schlicht unverständlich.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung:

STR Raphael Golta: *Bisher sind beim Amt für Zusatzleistungen (AZL) etwa 20 000 Gesuche für die Energiekostenzulage eingegangen. Bei dieser Anzahl ist nicht ein Gesuch gleich eine Person, sondern sie bezeichnet die Anzahl eingegangener Umschläge, die Gesuche für verschiedene Personen beinhalten können. Es sind also deutlich mehr als 20 000 Personen, die sich bereits gemeldet haben. Die bisher bearbeiteten Umschläge enthielten im Durchschnitt über 2 Personen pro Gesuch. Es wurde gesagt, dass zu wenige Menschen die Zulage in Anspruch nähmen. Bei etwas, das man zum ersten Mal umsetzt, wage ich noch nicht zu sagen, ob das viele oder wenige sind. Anfangs stellten wir eine geschätzte Zahl in den Raum, aber 20 000 Gesuche innerhalb dieser kurzen Frist sind kein schlechtes Resultat für einen ersten Durchlauf. Von Seiten Sozialdepartement nahmen wir einen grossen Aufwand auf uns, um die berechtigten Menschen zu erreichen: Zunächst wurde ein Schreiben an alle Menschen mit Recht auf individuelle Prämienerbilligung versendet. Zudem suchten wir die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, damit sie wissen, welche Gesuche kommen und sie die Klientinnen und Klienten entsprechend unterstützen können. Es wurde darauf fokussiert, dass diese Beratung auch auf telefonischem Weg stattfinden kann. Vor Ablauf der Frist wurde ein Inserat im Tagblatt geschaltet, das klar machen sollte, dass einfach ein Gesuch eingegangen sein muss – ohne dass alle Beilagen schon benötigt würden. Im Rahmen der Verordnung wurde vieles unternommen, um das Unterfangen mit Kulanz umsetzen zu können. Den Gemeinderat muss ich trotzdem daran erinnern, dass es eine von ihm erlassene Verordnung ist. Die Beratung in der Kommission hätte beschleunigt werden können. Bis eine Verordnung in Kraft tritt, müssen Fristen wie die Rekursfrist eingehalten werden. Unter den Rahmenbedingungen versuchten wir, das Bestmögliche zu machen. Eine Übergangsverordnung für dieses Jahr hätten sowohl der Gemeinde- als auch der Stadtrat einleiten können. Die Prozedur ist für das erste Mal gut verlaufen und ich bin stolz darauf, wie schnell wir das neue Sozialwerk umsetzen konnten. Erkenntnisse gibt es immer, aber die Rückmeldungen der Bevölkerung zum Antragsprozedere fielen positiv aus. Wir unterstützen nicht Energieträger, sondern Menschen. Ihnen fehlt das Geld wegen der gestiegenen Energiekosten. Es gilt noch immer, dass profitiert, wer Energie spart. Das Konzept ist anreizkompatibel. Dass diese Menschen schlussendlich noch ein wenig Geld im Portemonnaie haben, ist für alle sinnvoll und widerspricht keinen ökologischen Zielen. Obwohl bereits viel gemacht wurde, sind wir bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Es ist wichtig, dass wir für zukünftige Situationen gerüstet sind.*

Das Dringliche Postulat wird mit 60 gegen 36 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat